

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hattersheim am 15. Februar 2018
Haushaltsrede von Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2018 (DR 324/XI)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats,
Sehr geehrte Damen und Herren aus dem Publikum und von der Presse

Ich werde mich kurz fassen. Ich werde Ihnen wieder keine Zahlenspiele zumuten, denn uns geht es um die sachlichen Inhalte, auf die ich beispielhaft eingehen werde.

Wenn Bürgermeister Schindling in seiner Haushaltsrede davon sprach, dass es gelungen sei den Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent fortzusetzen hat er sicherlich recht. Denn die Haushaltskonsolidierung hat nicht unter der heutigen Stadtregierung, sondern unter Rot-Grün begonnen und muss bis zur Haushaltsgesundung fortgesetzt werden. Er sprach aber auch davon, dass gleichzeitig inhaltliche Schwerpunkte der „bürgerlichen Koalition“ umgesetzt werden sollen.

Das wäre von unserer Seite fast akzeptabel gewesen, wenn da Bereitschaft zum Reagieren gewesen wäre. Ich meine das in Bezug auf unsere Anträge. Auf andere politischen Ebenen werden Gespräche geführt, mit mehr oder minder guten Erfolgen. Da gibt es sogar Versuche und Einigungen in wichtigen Fragen zum Wohle der Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger sich anzunähern. Und das hin und wieder über „scheinbar unüberwindliche“ Politikgräben. Hier in Hattersheim gibt es aber wenig bis gar keine Signale dazu. Beweise sind die Anzahl der abgelehnten Anträge der Opposition von Grün und Rot.

Kommen wir vom politischen Klima zur Haushaltsplanung 2018. Planungen sollten nachhaltig sein und hier setzen unsere Sorgen an. Gegen die geplanten Ausgaben ob im Ergebnis- oder Investitionshaushalt gibt es von uns fast keine Einwände. Einwendungen sind aber da sinnig, wo Ausgaben nicht gedeckt sind oder nicht nachhaltig - sprich dauerhaft - gesichert sind.

Da gibt es im Haushalt zustimmungswürdige Projekte, aber bei einigen treibt uns die Sorge ob die Folgekosten nicht wieder drückend, erdrückend (!) werden. Hierzu haben wir und werden wir uns immer wieder melden – Nicht falsch verstehen, nicht als Spielverderber der neuen Regierungsmehrheit, sondern aus Sorge alte Fehler nicht neu zu begehen.

Beispielhaft bei der Stadthalle das aktuell vorgelegte Konzept ist von Ihnen nur mit Hoffnungen unterlegt, nicht wirklich mit neuen Inhalten und erst recht nicht fundiert – sagen wir „Noch nicht mal neuer Wein in alten Schläuchen“. Die Folgekosten konnten wir uns als Stadt nicht mehr leisten. Andere Finanzierungsmodelle waren notwendig. Heute sind wir zwar in einer guten konjunkturellen Situation, aber was ist mit den Folgekosten? Wie sieht es später aus? Können wir uns die dann etwa wieder leisten?

Kommen wir zu einem anderen Punkt. Hoffen wir dass sich die Entwicklung der Drucksache 116 nicht bei Ihrem Politikstiel verstetigt. Damals war der CDU-Antrag überschrieben mit „jährlichem Tag des Ehrenamtes“. Heute wird mehr vom „Abend der Vereine“ gesprochen. Überlegt wird die Notwendigkeit, dass die ehrenamtlichen Politiker an diesem Abend bedienen.

Meine Damen und Herren: Alle - mit Ausnahme von zwei Herren - die in dieser Stadt Politik machen, sind ehrenamtlich tätig. Da war der CDU Antrag schnell geschrieben, aber nicht zu Ende gedacht! Dieses auch bezüglich der Kosten. In der eingebrachten Fassung hieß es, dass die Kosten möglichst (!) Durch Spenden getragen werden sollen. Im HFA November 2016 änderten die Antragsteller sogar nach: die Kosten müssen (!) durch Spenden getragen werden.

Heute liegt 1 ¼ Jahr später eine völlig anderes Ergebnis vor. In der Drucksache 356 berichtet der Magistrat, dass 13.000 € in den Haushalt 2018 eingestellt werden müssen. Doch halt, es heißt auch, es bestehen Gespräche, ob sich für einen Teil ortsansässige Sponsoren erbarmen. (Anmerkung am Rande: wir sollten darüber nachdenken, ob solches nicht erbärmlich wirkt und zu falschen Begehrlichkeiten und Erwartungen bei Sponsoren führen kann.)

Dies als ein kleines Beispiel, das zu mehr Achtsamkeit führen sollte. Meine Mutter mahnte mich „Mann soll das Ende Bedenken“. Nicht, dass eine solche Entwicklung bei großen Projekten auch so verläuft.

Meine Damen und Herren kommen wir zu unseren Haushaltsanträgen. Wir haben keine Projekte zur Streichung vorgeschlagen. Aber wir haben Inhalte vermisst, die wir Grüne für wichtig halten. Beispielhaft haben wir deshalb Schwerpunkte, Kernpunkte gebildet:

1. **Grundsteuer B senken**; als Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ist sie schrittweise von 550 wieder zurück auf 350 zu führen. Dies hatten wir den Bürgerinnen und Bürgern damals versprochen. In 2018 als ersten Schritt auf 475.

Zur Kompensation stellen wir uns vor Maßnahmen zeitlich neu zu terminieren und oder minder Ausgaben vorzusehen.

2. **Aufsuchende Jugend** ! In allen Stadtteilen mit eigenem Personal; 2018: eine neue Stelle und 2019 eine weitere Stelle dazu. Denn Prävention durch gute Jugendarbeit ist wichtiger, als „Nachbesserung“ durch Ordnungskräfte.

Zur Kompensation schlagen wir vor 2018 die neue Stelle aus EG 12 entsprechend umzuwandeln, im Haushalte 2019 ist eine weitere Stelle dann vor zu sehen.

3. **Sozial- und bedarfsgerechter, preiswerter Wohnraum** - je Wohneinheit sind 10.000 € als die erforderlichen Mittel der Stadt zusätzlich zur Landesförderung vorzusehen. Für das Jahr 2019 sind im diesjährigen Haushalt 150.000 € als Verpflichtungsermächtigung einzustellen und für die kommenden Jahre 2020 und für 2021 ebenfalls in der Planung zu vermerken. Im Haushalt 2018 ergeben sich dadurch jedoch keine Ausgabeveränderungen, ein Kompensationsvorschlag ist daher entbehrlich.

4. Zur **Verbesserung der Betreuungszeiten** wollten wir 1,5 % von 9.318.000 € Sache und Dienstleistungen bereitgestellt wissen. Das entspricht ca. 140.000 €. Zu prüfen wäre ein Kostenzuschuss zu dem Elternanteil für Leistungen der Kindertagespflegeperson oder die Ausweitung von Betreuungszeiten in Kitas.

5. Wir haben beantragt ein **Konzept für die Zusammenführung der Stadtverwaltung** in der Stadtmitte zu entwickeln. Dafür wollten wir 15.000 € vorgesehen wissen.

Als Kompensationsvorschlag schlagen wir 2 % Pauschale Einsparung bei den Beratungs- und Gutachter-Kosten vor.

Sie haben als heutige Stadtregierung diese Anträge alle kompromisslos abgelehnt.

Ich schließe entsprechend dem letzten Jahr:

In der letzten Legislaturperiode mussten wir mit Ihnen um die Entschuldung der Stadt regnen. Sie stimmten gegen unsere Vorschläge insbesondere gegen die der mehr Einnahmen durch die Grundsteuer B. Sie werden nicht müde Rot-Grün noch heute Beschlüsse vorzuhalten.

Die Erfolge der Schutzschirmvereinbarung, der Konjunkturbelebung und neuer Förderprogramme übernehmen sie aber gerne.

Auch dieses lehrte mich meine Mutter: „Nach fetten Jahren folgen auch wieder magere Jahre“. Dazu werden wir sie achtsam beobachten.

Unsere Anträge zum Haushalt haben Sie mit stolzer Brust abgelehnt, keine Regung, keine Bewegung gezeigt.

Die Mittelbereitstellung für das von uns bereits früher beantragt „Stadtprofil“ wollen Sie für ein „integriertes Stadtentwicklungskonzept“ aufstocken. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wir hoffen auch, dass die Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur für Fußgänger- und Fahrradfahrer und Maßnahmen der Nahmobilität nicht nur benannt, sondern auch zügig Verwendung finden.

Aber ohne Bewegung auf unsere Anträge reicht das nicht aus, dass wir dem Haushaltsentwurf, ihrem Haushaltsentwurf zustimmen können.

Danke an die die in der Verwaltung die Vorbereitung getätigt haben.

Winfried Pohl

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Hattersheim